

Über Nizza hinaus: deutsch-französische Debatten über die Zukunft der EU

Schild, Joachim

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schild, J. (2000). *Über Nizza hinaus: deutsch-französische Debatten über die Zukunft der EU*. (Aktuelle Frankreich-Analysen, 16). Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut - dfi. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:boa-bsz3046588553>

Nutzungsbedingungen:

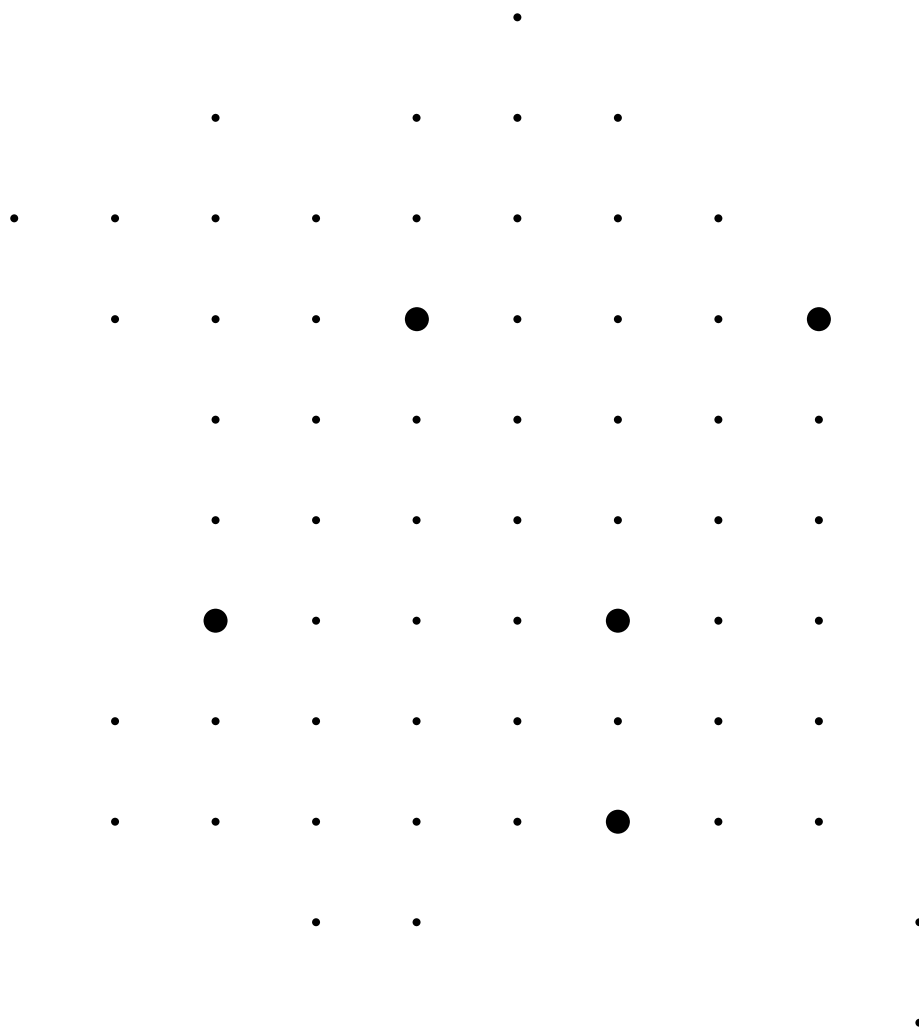
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Über Nizza hinaus

Deutsch-französische Debatten
über die Zukunft der EU

Joachim Schild

Institutionelle
Reformen – der
nächste Schritt

Von der verstärk-
ten Zusammenar-
beit zur Förderati-
on einer Avantgar-
degruppe?

Europadebatten
in Frankreich –
das Ende der
Zögerlichkeit?

Wachsende
Gemeinsamkeiten
in der deutsch-
französischen
Europa-Debatte

Über Nizza hinaus. Deutsch-französische Debatten über die Zukunft der EU

Wer hätte damit gerechnet, dass Bundesaußenminister Fischer mit seiner mutigen Rede an der Berliner Humboldt-Universität zur Zukunft der Europäischen Union¹ auf eine solch breite Resonanz stoßen würde? Wer hätte erwartet, dass seine als „Privatmann“ geäußerten Denkanstöße in der französischen meinungsbildenden Presse so positiv kommentiert und dass die angestoßene Debatte von prominenten Vertretern unterschiedlicher französischer Parteien mit eigenen, teilweise sehr weitreichenden Überlegungen, Vorschlägen und Konzeptionen bereichert würde?

1 Der Text der Rede Fischers wurde in der FAZ v. 13.5.2000 dokumentiert und findet sich auch auf den Internetseiten des AA (www.auswaertiges-amt.de).

2 Vgl. das Streitgespräch zwischen Jean-Pierre Chevènement und Joschka Fischer in: Die ZEIT v. 21.6.2000, S. 13-18.

3 In deutscher Sprache dokumentiert in: FAZ v. 28.6.2000, S. 10-11.

Die schrillen Töne von Innenminister Chevènement, der mit Blick auf die Rede Fischers vor einer Erneuerung des „Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation“ warnte, blieben in Frankreich isoliert, auch wenn ihnen in Deutschland breiter Raum eingeräumt wurde.² Und wer hätte schließlich darauf wetten mögen, dass der neogaullistische Staatspräsident Chirac in seiner europapolitischen Grundsatzrede vor dem Berliner Reichstag³ den Ball Fischers aufnehmen und dessen Überlegungen seinerseits mit Vorschlägen zur Fortentwicklung der EU beantworten würde?

Die längst überfällige Diskussion um die institutionelle Zukunft der Europäischen Union ist damit nicht länger auf akademische Zirkel beschränkt. Sie kann nunmehr endlich *coram publico* und transnational auf breiter Basis geführt werden. In Frankreich entwickelt sich diese eher sperrige Materie geradezu zu einem innenpolitischen Profilierungsfeld im Vorfeld der im Jahre 2002 anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Welch ein Kontrast zur verhaltenen französischen Reaktion auf die Kerneuropavorschläge von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers im September 1994, deren zentrale Anliegen mit denjenigen von Außenminister Fischer eine große Ähnlichkeit aufwiesen!

Die Zeit scheint heute – im Gegensatz zur Mitte der 90er Jahre – reif zu sein für eine

offene und grundsätzliche Debatte über die Zukunft der Europäischen Union, und dies aus mehreren Gründen: Die ersten Erweiterungen rücken unaufhaltsam näher, und die Erkenntnis gewinnt Raum, dass diese Entwicklung den Charakter der Union radikal verändern wird. Schwierige Projekte und strittige Themen der 90er Jahre, allen voran die Währungsunion, die mittelfristige Finanzplanung und die Reform der Agrarpolitik (Agenda 2000) sind (vorerst) bewältigt, so dass Rat und Kommission sich stärker auf Erweiterungsfragen und die damit verbundenen inneren Reformnotwendigkeiten konzentrieren können. Zudem gibt die deutliche Aufhellung des wirtschaftlichen Horizonts Anlass zur Hoffnung, dass auch die Zustimmung der Bürger zur Fortführung des europäischen Einigungswerks nach einem Jahrzehnt weitverbreiteter Integrations Skepsis erneut steigt. Schließlich steht die Reform der EU seit Beginn der Regierungskonferenz zur Institutionenreform im Februar diesen Jahres ohnehin auf der EU-Agenda und soll bis zum EU-Gipfeltreffen am 7./8. Dezember in Nizza zu einem vorläufigen Abschluss gebracht werden. Der entscheidende Beitrag Fischers und Chiracs zur Diskussion über die Zukunft der EU besteht aber gerade darin, dass sie schon heute über diese Etappe hinaus denken und die Reformerfordernisse vor dem Hintergrund einer auf 27 oder mehr Mitglieder angewachsenen EU definieren.

Institutionelle Reformen – der nächste Schritt

4 Die deutsche Position findet sich im „Grundsatzpapier zur Regierungskonferenz zu den institutionellen Reformen“, dokumentiert unter www.auswaertiges-amt.de/4_europa/5/4-5c.htm, zur französischen Position s. die Regierungserklärung von Premierminister Jospin am 9. Mai 2000 vor der französischen Nationalversammlung, dokumentiert unter: www.premier-ministre.gouv.fr/PM/D090500.htm; vgl. auch den ausführlichen Bericht der Europadelegation der Nationalversammlung zur Institutionenreform der EU (Berichterstatteur Gérard Fuchs), AN, Dok.-Nr. 2242, v. 9.3.2000.

Dennoch – die französische Regierung wird nicht müde dies zu betonen – muss zunächst die laufende Regierungskonferenz zur Institutionenreform zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. Deren Tagesordnung umfasst drei zentrale Punkte, über die während der Verhandlungen zum Amsterdamer Vertrag 1997 keine Übereinstimmung erzielt werden konnte: die Zusammensetzung der EU-Kommission, eine Änderung der Stimmengewichtung im Ministerrat und die Ausweitung des Mehrheitsentscheidungsverfahrens auf bislang nach dem Einstimmigkeitsprinzip behandelte Materien. Zusätzlich wurde noch die Erleichterung von Formen der „verstärkten Zusammenarbeit“ einzelner Gruppen von Mitgliedsländern auf die Tagesordnung gesetzt, da die diesbezüglichen Regelungen im Amsterdamer Vertrag von einer Reihe von Mitgliedsländern, nicht zuletzt von Frankreich und Deutschland, als zu restriktiv (Vetorecht einzelner Mitgliedsländer) und nicht praktikabel eingeschätzt werden.

Im Gegensatz zu den Amsterdamer Verhandlungen zur Institutionenreform zeichnet sich heute eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen Deutschland und Frankreich hinsichtlich der Problemdiagnose (v.a. hinsichtlich der drohenden institutionellen Blockaden) sowie in ihren Positionen zu zentralen Verhandlungsgegenständen ab.⁴ In den bisher sehr mühsam verlaufenden Verhandlungen sind zwei zentrale Konfliktlinien sichtbar: zwischen größeren und kleineren Mitgliedstaaten einerseits und zwischen ambitionierten und zurückhaltenden Regierungen andererseits. Frankreich und Deutschland finden sich jeweils im gleichen Lager wieder: Beide können eine Entwicklung nicht akzeptieren, die infolge des Beitritts einer Reihe kleinerer Mitgliedstaaten bei einer Fortschreibung der derzeitigen Entscheidungsverfahren zu Lasten des Einflusses der bevölkerungsreichen Mitgliedstaaten in der EU ginge und damit schwerwiegende Probleme der demokratischen Legitimation europäischer Politik aufwerfen würde. Und Paris wie Berlin wollen die Funktionsfähigkeit der EU-Institutionen auch in Zukunft garantieren, indem die Zahl der Kommissare begrenzt wird und indem vor allem das Verfahren der qualifizierten Mehrheitsentscheidung zur Regel gemacht werden soll. Der Einstimmigkeits-

zwang bliebe dann auf wenige kritische Bereiche (militärische und verteidigungspolitische Fragen, ratifizierungspflichtige Entscheidungen wie etwa Vertragsänderungen und Aufnahme neuer Mitglieder, Entscheidungen zur Kompetenzübertragung) beschränkt. Sofern Deutschland nicht darauf besteht, im Rat mit mehr Stimmen repräsentiert zu sein als Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich, dürften fortbestehende Differenzen zwischen beiden Ländern – etwa in der Frage, ob das demographische Gewicht der großen Mitgliedsländer lediglich durch eine Neujustierung der Stimmengewichte im Rat oder durch ein System doppelter Mehrheiten zum Ausdruck kommen soll – überbrückbar sein. Beide Länder könnten dann mit eng abgestimmten Positionen in die Schlusphase der Verhandlungen gehen. Eine Situation wie in Amsterdam 1997, als das französische Drängen auf Institutionenreformen von Bonn angesichts der vielfältigen Widerstände der kleineren Mitgliedstaaten – und der deutschen Bundesländer – in der entscheidenden Phase nicht mehr mitgetragen wurde, dürfte sich in Nizza kaum wiederholen.

Wachsende Gemeinsamkeiten

Gewiss ist diese erneuerte Übereinstimmung zwischen Paris und Berlin kein Garant für einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen im Rahmen der laufenden französischen EU-Präsidentschaft, bergen doch die verniedlichend als „Überbleibsel von Amsterdam“ apostrophierten Verhandlungsgegenstände erheblichen Konfliktstoff. Sie werfen grundlegende Fragen der Macht- und Einflussverteilung in der EU auf. Entscheidend wird sein, dass Paris und Berlin sich nicht mit Minimalreformen hinsichtlich der Entscheidungsverfahren im Rat – Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen und Stimmengewichtung – sowie hinsichtlich der Begrenzung der Anzahl der Kommissare zufrieden geben. Beide haben ein Junktim formuliert zwischen ihrer Bereitschaft, zukünftig auf einen ihrer beiden Kommissare zu verzichten, und der Bereitschaft der kleineren

5 Vgl. die „Erklärung Belgiens, Frankreichs und Italiens zum Protokoll über die Organe im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union“, in: Vertrag von Amsterdam, Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages mit den deutschen Begleitgesetzen, hrsg. v. Thomas Läufer, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1999, S. 335. Vgl. auch Art. 2 des Ratifizierungsgesetzes des französischen Parlaments zum Amsterdamer Vertrag, in dem „substantielle Fortschritte über die Bestimmungen des Amsterdamer Vertrages hinaus“ in puncto Institutionenreform vor dem Abschluss der ersten Erweiterungsverhandlungen als unerlässlich bezeichnet werden, vgl. Journal officiel, Lois et décrets, v. 25. März 1999, S. 4463.

6 Der Text seiner Ausführungen ist dokumentiert unter: www.france.diplomatie.gouv.fr/europe/actual/vedeuro.22.html.

Länder, das Gewicht der bevölkerungsreichen Staaten in der Entscheidungsfindung im Rat stärker zu berücksichtigen. Und beide können damit drohen, verstärkte Formen der Zusammenarbeit außerhalb des Vertragsrahmens nach dem Muster der Schengen-Gruppe zu suchen, falls Formen der engeren Zusammenarbeit einer Teilgruppe von Mitgliedstaaten nicht innerhalb der EU erleichtert werden, oder falls es in der Frage der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen keine nennenswerten Fortschritte geben sollte.

Eine Flucht nach vorn in Richtung Erweiterung ohne ein befriedigendes Ergebnis der laufenden Regierungskonferenz zur Vorbereitung der EU auf diesen Einschnitt wird es, so hat vor allem Frankreich immer wieder betont, nicht geben.⁵ Denn eine befriedigende Lösung der derzeit verhandelten Materien *nach* den nächsten Erweiterungsschritten kann in Anbetracht der wachsenden Heterogenität und der unterschiedlichen Integrationserfahrung und -bereitschaft in einer erweiterten EU als ausgeschlossen gelten.

Die Versuchung könnte allerdings groß sein, die „verstärkte Zusammenarbeit“ von Ländergruppen innerhalb der EU auf bestimmten Themenfeldern als eine Art „bequemen Ausweg“ zu betrachten, wenn etwa in der zentralen Frage der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen aufgrund hartnäckiger

Widerstände einzelner Länder keine befriedigenden Kompromisse erzielt werden können. Gerade Frankreich, das die Reform der Amsterdamer Vertragsklausel zur verstärkten Zusammenarbeit zunächst gar nicht zum Gegenstand der laufenden Regierungskonferenz machen wollte, drängt inzwischen mit Nachdruck auf eine Ermöglichung dieser Form der differenzierten Integrationsentwicklung. Ja man kann den Eindruck gewinnen, dass die Erleichterung der „verstärkten Zusammenarbeit“ von Frankreich sogar als zentrales Verhandlungsziel angesehen wird. „Zur Stunde“, so führte Außenminister Védrine in einer aktuellen Stunde am 16. Mai vor der Nationalversammlung aus, „führen alle Fortschritte über die Einrichtung der verstärkten Zusammenarbeit. Dies ist die erste Etappe, von der Herr Fischer spricht; dies wird eine der Prioritäten unserer Präsidentschaft sein.“⁶ Die entscheidende Frage ist aber, in welcher Form und mit welcher mittelfristigen Entwicklungsperspektive dieses Instrument der verstärkten Zusammenarbeit in Zukunft Anwendung finden könnte. Hier sind auch deutsch-französische Differenzen konzeptioneller Natur abzusehen. Gerade vor diesem Hintergrund ergibt sich die Bedeutung der Versuche von Außenminister Fischer und Staatspräsident Chirac, den Blick über die Verhandlungen der Regierungskonferenz zur Institutionenreform hinauszulenken und die Zukunft der EU in einer mittel- und längerfristigen Perspektive zu betrachten.

Von der verstärkten Zusammenarbeit zur Föderation einer Avantgardegruppe?

7 Vgl. das Interview von Jacques Delors in Le Monde v. 19.1.2000, S. 2, auf deutsch dokumentiert in Dokumente Nr. 3/2000, S. 232-234.

Die Stärke der Vorschläge von Joschka Fischer und Jacques Chirac liegt gerade in der Kombination eines europapolitischen Voluntarismus mit einer pragmatischen Methode und mit der Skizzierung von Etappen hin zu einer „konstitutionelle(n) Neugründung Europas“ (Fischer). Beide plädieren für den umstrittenen Weg einer verstärkten Zusammenarbeit, vor allem auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik, im Bereich der Wirtschaftspolitik in der Eurozone sowie in der Justiz- und Polizeizusammenarbeit, in Einwanderungs- und Asylfragen. Beide sehen die Notwendigkeit eines Verfassungsvertrages, der die Kompetenzen zwischen der Union und den Mit-

gliedstaaten abgrenzt. Und beide sehen in der Bildung einer Avantgarde- (Fischer) bzw. Pioniergruppe (Chirac), die das Gravitationszentrum einer sich erweiternden Union bildet, einen notwendigen Zwischenschritt auf dem Weg zu einer vertieften politischen Union. Ob diese Union dann als Föderation von Nationalstaaten bezeichnet wird, wie Fischer dies in bewusster Übernahme der Terminologie des ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors formuliert,⁷ oder ob man diesen umstrittenen Begriff aus innen- und außenpolitischen Rücksichten vermeidet, wie Chirac es in seiner Rede vor dem Berliner Reichstag getan hat, ist nicht entscheidend. Von

8 Hubert Védrine: Les cartes de la France à l'heure de la mondialisation, Dialogue avec Dominique Moïsi, Paris: Fayard 2000, S. 96 (Übersetzung: J.S., Herv. im Orig.).

9 So Philippe Moreau-Defarges: Welche institutionelle Zukunft für die Europäische Union? Der französische und deutsche Standpunkt im Vergleich, in: W. Weidenfeld (Hrsg.): Deutsche Europapolitik. Optionen wirksamer Interessenvertretung, Bonn: Europa Union Verlag 1998, S. 161.

10 Hubert Védrine: Klassischer Föderalismus oder Föderation von Nationalstaaten?, in: FAZ v. 13.6.2000, S. 4.

11 Vgl. sein Gespräch mit der FAZ-Frankreich-Korrespondentin Michaela Wiegel: „Vorschläge für eine europäische Avantgarde“, in: FAZ v. 12.5.2000, S. 6.

12 Vgl. Valéry Giscard d'Estaing/Helmut Schmidt: Pour une 'Europe de l'euro', in: Le Figaro, 10.4.2000, S. 1 u. 16.

grundlegender Bedeutung ist allerdings die Frage, wie diese von einer Avantgarde zu gestaltende Zwischenetappe einer differenzierten Integration konzipiert wird. Denn es ist alles andere als unwahrscheinlich, dass sich eine solche zunächst als Zwischene-tappe betrachtete Situation der „zwei Geschwindigkeiten“ in einer EU mit 27 oder mehr Mitgliedern zu einer dauerhaft differenzierten Integrationsentwicklung verfestigt. Insofern kommt auch den diesbezüglichen Unterschieden in der Herangehensweise von Fischer, Chirac und der Regierung Jospin eine erhebliche Bedeutung zu.

Staatspräsident Chirac hat in seiner Berliner Rede für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb des EU-Rahmens, organisatorisch unterstützt durch ein Sekretariat, plädiert. Dies bedeutet eine Verstärkung des intergouvernementalen Charakters der EU. Dessen ist sich auch Fischer vollkommen bewusst, wenn er ausführt: „Die verstärkte Zusammenarbeit wird zunächst vor allem nichts anderes als eine verstärkte Intergouvernementalisierung angesichts des Drucks der Fakten und der Schwäche der Methode Monnet bedeuten. Der Schritt von der verstärkten Zusammenarbeit hin zu einem Verfassungsvertrag – und genau dies wird die Voraussetzung der vollen Integration sein – bedarf dagegen eines bewussten politischen Neugründungsaktes Europas.“ Der entscheidende Unterschied der Denkanstöße Fischers zu den von Chirac entwickelten Vorstellungen liegt nun aber darin, dass das neue Gravitationszentrum in den Augen Fischers zwar für neue Mitglieder offen sein soll, sich aber durchaus schon eine feste Struktur geben und den für die gesamte Union angestrebten föderalen Charakter vorwegnehmen soll: „Eine solche Staatengruppe würde einen neuen europäischen Grundvertrag schließen, den Nukleus einer Verfassung der Föderation. Und auf der Basis dieses Grundvertrages würde sie sich eigene Institutionen geben, eine Regierung, die innerhalb der EU in möglichst vielen Fragen für die Mitglieder der Gruppe mit einer Stimme sprechen sollte, ein starkes Parlament, einen direkt gewählten Präsidenten. Ein solches Gravitationszentrum müsste die Avantgarde, die Lokomotive für die Vollendung der politischen Integration sein und bereits alle Elemente der späteren Föderation umfassen.“

Die Vorstellungen Chiracs gehen hingegen nicht von einer vertraglich fixierten engeren Bindung der auch von ihm befürworteten

Avantgarde-Staatengruppe aus. Eine grundsätzliche Skepsis gegenüber einem solchen festen Kern ließ Außenminister Védrine wiederholt erkennen. „Die beste, wirksamste und realistischste Antwort scheint mir diejenige einer 'variablen Geometrie' zu sein: Diejenigen Länder, die gemeinsam über die gemeinschaftlichen Politiken hinaus gehen wollen, tun dies. Es sind je nach Themen nicht immer dieselben Länder. Aus diesem Grunde spricht man davon, dass diese Geometrie variabel ist, im Gegensatz zu einem harten Kern, der auf unveränderbare Weise aus denselben Ländern zusammengesetzt wäre.“⁸ Ein Motiv für diese Ablehnung des Konzeptes eines festen Kerns mag darin liegen, dass dieser aus französischer Sicht mit der Gefahr verbunden wäre, den flexiblen Rahmen der EU zur Ausbalancierung deutscher Macht zu verlieren und sich in einer zu engen und ungleichen Zwangsgemeinschaft mit Deutschland wiederzufinden.⁹

Variable Geometrie oder harter Kern?

Außenminister Védrine warnte in seiner Antwort an seinen deutschen Kollegen¹⁰ zudem vor der Verdoppelung institutioneller Strukturen föderal organisierte Institutionen einer mehr oder weniger großen Avantgarde neben den Institutionen der erweiterten Union und der damit für die europäischen Bürger kaum noch nachvollziehbaren und intransparenten Vielzahl von politischen Entscheidungsebenen. Man kann sich allerdings fragen, ob lose Formen einer verstärkten Zusammenarbeit (nicht nur) in dieser Hinsicht nicht noch deutlich größere Defizite aufweisen: Wenn diese zur Bildung mehrerer, nach Funktionsbereichen getrennter Ländergruppen innerhalb der EU führte, wofür einiges spricht und was Védrine befürwortet, so würde sich das von ihm angesprochene Problem der Intransparenz europäischer Politik sogar in verschärfter Form stellen, ganz zu schweigen von der Frage, ob dieser intergouvernementale Weg der Integrationsvertiefung über die nationalen Parlamente hinreichend kontrollierbar und demokratischen legitimierbar ist.

In einem zentralen Punkt ist Védrine nur schwerlich zu widersprechen, wenn er nämlich in seiner Antwort auf Fischers Rede die von diesem geäußerte Hoffnung für unreali-

stisch hält, dass die Föderation einer Avantgardegruppe eines Tages in einer Föderation der erweiterten Union aufgehen könne. Es ist viel eher davon auszugehen, dass die Vorschläge von Joschka Fischer auf absehbare Zeit – wenn überhaupt – allenfalls von einer Teilgruppe der EU-Mitgliedstaaten in die Realität umgesetzt werden könnten.

Diese Überlegung einer längerfristigen, wenn nicht gar dauerhaften Differenzierung der Integrationsentwicklung liegt auch den Vorschlägen von Jacques Delors zugrunde, der die Bildung einer Föderation von Nationalstaaten ausgehend von den EG-Gründstaaten vorschlägt, die sich mittels eines „Vertrags im Vertrag“ (mit „minimalem Umfang“) aneinander binden sollten.¹¹ Sie findet sich auch in den gemeinsamen Vorschlägen von Ex-Präsident Giscard d'Estaing und Altbundeskanzler Schmidt,

die ihrerseits von den Mitgliedstaaten der Eurozone als Kandidaten für eine Integration einzelner Politikbereiche auf der Basis eines föderalen Ansatzes ausgehen.¹² Ob man es also offen ausspricht oder nicht: die Diskussion dreht sich um eine dauerhafte Differenzierung innerhalb einer erweiterten EU, wie offen der integrationswillige und -fähige Kern auch immer für neu hinzustoßende Mitgliedsländer sein mag. Ausweichen kann man dieser Debatte inzwischen nicht mehr.

Um so erfreulicher ist es, auf welche Resonanz die Fischer-Rede in Frankreich gestoßen ist und wie intensiv und tabulos grundlegende Fragen der zukünftigen Gestalt der EU in der französischen Presse und vor allem von hochrangigen Parteivertretern heute diskutiert werden.

Europadebatten in Frankreich – das Ende der Zögerlichkeit?

13 Commissariat Général du Plan: L'Union européenne en quête d'institutions légitimes et efficaces, Rapport du groupe présidé par Jean-Louis Quermonne, Paris: La documentation Française, November 1999; vgl. auch die Zusammenfassung ihrer Vorschläge in deutscher Sprache: Jean-Louis Quermonne: Die Europäische Union auf der Suche nach legitimen und effizienten Institutionen, in: Integration, Nr. 2/2000, S. 81–88.

14 Vgl. die Zusammenfassung ihrer Vorschläge und ihr Interview im Figaro v. 16.6.2000, S. 6.

Waren die 90er Jahre in Frankreich seit dem Maastricht-Referendum von einer ideologischen Offensive der „Souveränisten“ und Europaskeptiker sowie von einem deutlichen Rückgang der Unterstützung der europäischen Einigung in der Bevölkerung geprägt, so hat sich die Situation inzwischen stark gewandelt. Die Meinungsführerschaft in der französischen Europadebatte gewinnen diejenigen zurück, die weitreichende Umbau- oder gar Neugründungspläne der EU mit Vorschlägen zu verknüpfen wissen, die dem französischen verfassungspolitischen Denken entlehnt sind (z. B. starke Stellung der Exekutive im „rationalisierten Parlamentarismus“, gewählter Präsident) und die das gaullistische Erbe – etwa die Präferenz für intergouvernementale Wege der Integrationsvertiefung und einer zentralen Stellung des Europäischen Rates im Gefüge der EU-Institutionen – nicht vollständig über Bord werfen. In die Defensive geraten sind hingegen die „Nationalrepublikaner“ und „Souveränisten“. Auf der Linken wird Chevènement linksjakobinischer Nationalismus als dissidente Stimme in der pluralen Linkskoalition toleriert, ohne dass er die Europapolitik der Regierung nachhaltig beeinflussen könnte. Auf der politischen Rechten wirken sich die veränderten Wettbewerbsbedingungen im Parteiensystem beflügelnd auf die Europadebatte aus: Der Bedeutungsschwund des rechtsex-

tremen Front National sowie das Scheitern der von den beiden Maastricht-Gegnern, dem abtrünnigen Gaullisten Charles Pasqua und dem erzkonservativen Grafen de Villiers, gemeinsam gebildeten Partei („Rassemblement pour la France“) eröffnen der integrationsfreundlichen Fraktion der politischen Rechten einen größeren europapolitischen Handlungsspielraum.

Das Nachdenken über zukünftige Gestalt und Aufgaben der EU und die notwendigen Reformen ist gewiss nicht erst mit der Rede Joschka Fischers angestoßen worden. So hat etwa eine hochrangige Expertenkommission unter der Leitung von Jean-Louis Quermonne im Auftrag des Plankommissariats Ende 1999 eine gewichtige und einflussreiche Synthese ihrer Arbeiten mit einer Reihe von konkreten Reformvorschlägen vorgelegt.¹³ Bedeutende Impulse für eine breite öffentliche Debatte lieferte auch – neben den wichtigen Reden von Fischer und Chirac und den erwähnten Vorschlägen von Jacques Delors sowie von Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt – eine Verfassungsskizze von Ex-Premierminister Alain Juppé und Jacques Toubon.¹⁴ Welcher führende Gaullist hätte es noch vor wenigen Jahren gewagt, umfassende Vorstellungen zu einer europäischen Verfassung und einer europäischen Regierung zu präsentieren? Auch der Ex-Generalsekretär der Gaullisten

Synopse: Deutsche und französische Vorschläge zur Differenzierung der EU-Integrationsentwicklung

Quellen: s. Fußnoten
1,2,7,8,11,12,14 und 23.

| | „verstärkte Zusammenarbeit“ in intergouvernementaler Form | Avantgardegruppe und Teilnehmerkreis | institutionelle Gestalt der Avantgardegruppe |
|---|---|---|--|
| Außenminister Joschka Fischer | ja, für Übergangszeit als Zwischenschritt zur Bildung eines „Gravitationszentrums“ | ja, feste, aber nicht exklusive Teilnehmergruppe als „Gravitationszentrum“ der EU | europ. Grundvertrag als „Nukleus einer Verfassung der Föderation“ mit Regierung, starkem Parlament und direkt gewähltem Präsidenten |
| Staatspräsident Jacques Chirac | ja, wenn nicht im Rahmen des Vertrags möglich, dann außerhalb | ja, feste, aber nicht exklusive Gruppe von Ländern, die sich an allen verstärkten Kooperationen beteiligen | kein Vertrag, keine neuen Institutionen, außer einem flexiblen intergouvernementalen Koordinierungsmechanismus in Form eines Sekretariats |
| Außenminister Hubert Védrine | ja, wird als zentrales Instrument zur Integrationsvertiefung betrachtet | nein, keine feste Ländergruppe, sondern variable Geometrie, d.h. je nach Politikfeld unterschiedliche Ländergruppen | nein, da keine feste Avantgardegruppe vorgesehen |
| Alain Juppé und Jacques Toubon | ja, aber nach Übergangszeit von 5-10 Jahren nicht mehr ausreichend | ja, feste Gruppe von Ländern, die an allen Bereichen verstärkter Zusammenarbeit teilnehmen (Juppé: „union renforcée“) | umfassender Verfassungsentwurf für Avantgardegruppe mit Europäischem Rat als Machtzentrum, Regierung, 2-Kammer-Parlament, Präsident |
| Jacques Delors | ja, überarbeitete Flexibilitätsklausel als Etappe auf dem Weg zur Avantgarde sinnvoll, direkter Weg zur Avantgarde aber zu bevorzugen | ja, feste Ländergruppe ausgehend von den Gründerstaaten der EWG | „Vertrag im Vertrag“ mit „minimalem Umfang“, ohne Verdoppelung der EU-Strukturen; wöchentl. Sitzung der Europaminister in Anwesenheit des Kommissionspräsidenten |
| Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt | nicht explizit befürwortet | ja, Ausgangspunkt: Euroteilnehmerländer; Initiative von Frankreich, Deutschland, Benelux-Ländern und evtl. weiteren Ländern nötig | neue Institutionen innerhalb des EU-Institutionenrahmens: Rat, Parlament (evtl. mit Verbindungen zu nat. Parlamenten), aber keine Kommission |
| Schäuble-Lamers (1999) | Amsterdamer Regelungen nicht ausreichend | ja, fester, aber nicht exklusiver Kern notwendig, Euroland als „Modell der Kernidee“ | nicht präzisiert |

15 Ali Magoudi und Jérôme Monod: Pour une Europe toute neuve, mode d'emploi, in: Le Monde v. 6.5.2000, S. 14.

und frühere Aufsichtsratsvorsitzende des Unternehmens Suez-Lyonnaise des Eaux, Jérôme Monod, heute ein einflussreicher Mitarbeiter Chiracs im Elysée-Palast, hatte sich mit Vorschlägen zu Wort gemeldet, die wenig gaullistische Orthodoxie erkennen lassen (z. B. mit seinem Plädoyer für einen Verfassungsgebungsprozess, ein Europäisches Verfassungsgericht, die Wahl eines europäischen Präsidenten, die Bildung einer europäischen Regierung, die Wahl einer ersten Kammer des europäischen Parlaments über europäische Listen, während

die zweiten Kammer als „Nationenkammer“ im nationalen Rahmen gewählt würde).¹⁵

Die diversen in die Diskussion eingebrachten Vorschläge unterscheiden sich vor allem in dreierlei Hinsicht: zum einen im Hinblick auf das gewünschte Gewicht supranationaler Organe – v.a. der EU-Kommission –, zum zweiten hinsichtlich der perzipierten Notwendigkeit und dem gewünschten Institutionalierungsgrad einer Avantgardegruppe und drittens schließlich in der Frage, ob die EU eine

16 Daniel Cohn-Bendit, so Alain Juppé in einem im Figaro-Interview, habe ihn und Toubon als die „europäischsten unter den Nicht-Föderalisten“ bezeichnet, s. Figaro v. 16.6.2000, S. 6.

17 „Appel de Strasbourg de François Bayrou et Daniel Cohn-Bendit. 'Pour que l'Europe devienne une démocratie,'“, in Auszügen dokumentiert in: Le Monde v. 14.6.2000, S. 9.

18 Letzteres war von Jacques Delors ins Spiel gebracht worden.

19 Vgl. Le Monde v. 4. Juli., S. 8.

20 S. Fußnote 4.

21 Vgl. Le Monde v. 1.7. 2000, S. 15.

Verfassung braucht.

Die Neogaullisten Alain Juppé und Jacques Toubon schlagen in ihrem Verfassungsentwurf einen kompletten Umbau der EU-Institutionen vor, der ihren Charakter radikal verändern würde:¹⁵

- Machtquelle und -zentrum wäre der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs (ER);
- der ER würde für jeweils drei Jahre einen (von ihm auch wieder abberufbaren) Regierungschef einsetzen;
- der Regierungschef könnte eine europäische Regierung ohne Rücksichten auf geographische und nationale Verteilungsschlüssel bilden, allerdings in Abhängigkeit von der Zustimmung des ER.
- die Regierung wäre vor dem Europäischen Parlament (EP) verantwortlich;
- der ER besäße ein Auflösungsrecht gegenüber dem EP;
- dem EP würde eine zweite „Kammer der Nationen“, die aus den nationalen Parlamenten hervorginge und über die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips wachen soll, zur Seite gestellt. Dieses Zwei-Kammer-Parlament besäße die exklusive Gesetzgebungsbefugnis, die heute zwischen EP und Rat geteilt ist.
- ergänzt würde diese institutionelle Architektur durch einen vom ER für jeweils 30 Monate eingesetzten Unionspräsidenten, der die EU in ihren Außenbeziehungen verträte.

Die beiden derzeit im Zentrum der europäischen Politik stehenden Institutionen, der Ministerrat und die Kommission, würden schlicht abgeschafft. Die Handlungsfähigkeit des ER soll dadurch garantiert werden, dass Entscheidungen im Regelfalle mit einer doppelten Mehrheit (die Hälfte der Mitgliedsstaaten und die Hälfte der Bevölkerung) getroffen würden.

Sicherlich ist eine gaullistische Handschrift dieses Entwurfs an der zentralen Stellung des ER und an der Abschaffung der Kommission unschwer zu erkennen. Doch zeugen die Vorstellungen zur Bildung einer Regierung und zum Parlament als exklusivem Legislativorgan von einer bemerkenswerten Beweglichkeit der Europavorstellung

gen im gaullistischen Lager.¹⁶ Vor die Wahl zwischen gaullistischer Orthodoxie und Handlungsblockaden einer erweiterten Union gestellt, verabschieden sich wichtige Teile der französischen Neogaullisten offenbar von der Vorstellung, ein starkes Europa

Europapolitische Beweglichkeit der Gaullisten

mit schwachen Institutionen bauen zu können. So ist der Weg einer „verstärkten Zusammenarbeit“ für Juppé und Toubon auch allenfalls ein für die nächsten 5-10 Jahre taugliches Durchgangsstadium, um zu einer „verstärkten Union“ einer Avantgardegruppe zu kommen, die sich die dargestellten Institutionen geben soll. Dieser Verfassungsentwurf ist aus ihrer Sicht also nicht für die erweiterte EU in ihrer Gesamtheit konzipiert.

In eine etwas andere Richtung zielen die gemeinsamen Vorschläge des UDF-Vorsitzenden François Bayrou und des grünen EP-Abgeordneten Daniel Cohn-Bendit in ihrem „Straßburger Appell“.¹⁷ Auch sie plädieren für einen Verfassungsgebungsprozess, der vom EU-Gipfel in Nizza eingeleitet werden soll. Ihr Akzent liegt auf einer Demokratisierung einer Union, die durch eine vereinfachte und lesbare Verfassung und Institutionenstruktur und echte Wahlmöglichkeiten dem Bürger näher gebracht werden soll. Sie wollen die Kohärenz und Handlungsfähigkeit der EU durch eine starke Kommission mit einem demokratisch durch allgemeine Wahlen legitimierten Präsidenten garantieren, entweder in Form einer Direktwahl oder durch Ernennung des Spitzenkandidaten des bei EP-Wahlen siegreichen politischen Lagers.¹⁸

Das Erstaunliche an dieser spannenden und auf hohem Niveau geführten aktuellen französischen (und deutsch-französischen) Europadebatte ist die Zurückhaltung und Passivität der französischen Regierung und der sozialistischen Partei. Das Feld der Europapolitik und des konzeptionellen Nachdenkens über die Zukunft der Union ist in den letzten Wochen geradezu zum politischen Profilierungsfeld geworden, vor allem – aber nicht nur – für den Staatspräsidenten Chirac gegenüber seinem Rivalen im Rennen um die Präsidentschaft im Jahr

22 Josef Janning: Das Regierungssystem der „großen EU“. Anforderungen und Optionen der Regierungskonferenz 2000, in: Europäische Rundschau, Nr. 1/2000, S. 9–15, hier: S. 9. Vgl. auch Christian Deubner: Food for Thought in 'Leftovers': France, Germany and the Coming IGC on Institutional Reform, in: American Institute for Contemporary German Studies, Johns Hopkins University (Hrsg.): Franco-German Relations and European Integration: A Transatlantic Dialogue, Conference Report, S. 1–14.

2002, Lionel Jospin. Der sozialistische Regierungschef ließ verlauten, er wolle sich „nicht zu früh in die Diskussion darüber stürzen, wie Europa in einigen Jahren aussehen wird“ und sich erst „zum gegebenen Zeitpunkt“ einmischen, zunächst aber wolle sich seine Regierung voll und ganz auf den Erfolg der französischen EU-Ratspräsidentschaft konzentrieren, vor allem die Regierungskonferenz zur Institutionenreform zu einem erfolgreichen Abschluss bringen.¹⁹ Aber auch im Hinblick auf die Ziele der französischen Ratspräsidentschaft sprach Jospin von „Bescheidenheit“.²⁰ Le Monde warnte ihn in einem Leitartikel davor, einen „strategischen Fehler“ zu begehen, wenn Jospin die dynamische Europadebatte seinem politischen Konkurrenten überließe.²¹

Sicherlich tut die französische Regierung beim aktuellen Stand der Meinungsbildung in Europa gut daran, diese Regierungskonferenz nicht mit weitreichenden Europaplänen und Verfassungsblaupausen zu konfrontieren, die in den kommenden sechs Monaten nicht verhandelbar wären (und für die es auch kein Verhandlungsmandat gibt). Bei den Gegenständen der Regierungskonferenz (Zusammensetzung der Kommission, Stimmengewichtung im Rat, Ausweitung

von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen und Ermöglichung von Formen der „verstärkten Zusammenarbeit“) handelt es sich ja gewiss nicht um rein „technische Fragen“, sondern um zentrale (und sehr schwer verhandelbare) Machtfragen, um „essentielle Grund- und Strukturfragen des politischen Systems der Europäischen Union“ und damit nicht um eine begrenzte, sondern um eine „Fundamentalagenda“, wie Josef Janning zurecht betont.²² Aber genau aus diesem Grunde, dass nämlich gleichzeitig Macht und Einfluss zwischen den EU-Institutionen, zwischen EU und nationaler Ebene und auch zwischen den Mitgliedstaaten neu verteilt werden, ist es unabdingbar, dass man sich über die Bedeutung dieses Reformschritts für die mittel- und längerfristige Entwicklung Klarheit verschafft. Die Zeiten, da man der konfliktbeladenen Frage nach der Finalität des Integrationsprozesses aus dem Weg gehen konnte, sind vorbei. Die bevorstehenden Erweiterungsrunden zwingen dazu, die Entwicklung der EU von ihrem gewünschten Endpunkt her zu denken, da der Pragmatismus der „Monnet-Methode“ in einem Europa der 27 plus x direkt in die Sackgasse einer Handlungsblockade zu führen droht.

Wachsende Gemeinsamkeiten in der deutsch-französischen Europa-Debatte

In dieser Debatte über die zukünftige Gestalt der EU lassen sich wachsende Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und Frankreich ausmachen:

- Die Dringlichkeit und Bedeutung der EU-Institutionenreform wird heute – im Gegensatz zur Situation während der Amsterdamer Vertragsverhandlungen – von den beiden Kernländern der EU sehr ähnlich eingeschätzt.
- Auf beiden Seiten wächst das Bewusstsein, dass der institutionelle Reformprozess mit der Vertragsrevision von Nizza (so sie denn zustande kommt) nicht beendet sein kann, sondern dass im unmittelbaren Anschluss daran eine Verfassungsdiskussion in Gang gesetzt werden muss.
- In diesem Zusammenhang gewinnt die Vorstellung einer per Verfassungsvertrag zu regelnden klareren Kompetenzabgrenzung zwischen EU und nationalstaatlicher Ebene an Anhängern. Hat man sich in Frankreich in der Vergangenheit mit der Idee einer europäischen Verfassung sehr schwer getan, so gewinnt diese quer durch das politische Spektrum zunehmend an Unterstützung. In Deutschland ist die Übereinstimmung hinsichtlich der von Fischer angesprochenen Notwendigkeit einer klaren Kompetenzabgrenzung zwischen Nationalstaat und EU sehr groß. Sie wird nicht nur von den Unionsparteien zunehmend in das Zentrum ihrer europapolitischen Beiträge gestellt, sondern auch von den Bundesländern vehement eingefordert.
- Schließlich gewinnt die Idee einer Avantgarde- oder Pioniergruppe als Kraft- und Gravitationszentrum einer sich erweiternden EU ebenfalls an Terrain, wiewohl

zahlreiche Unterschiede und offene Fragen im Hinblick auf deren Ausgestaltung und Institutionalisierung sowie hinsichtlich ihrer Verknüpfung mit den (noch) nicht zur Spitzengruppe gehöri-gen EU-Staaten offen bleiben.

Entscheidend ist jedoch, dass die konzeptionelle Basis für eine gemeinsame intellektuelle und politische Führungsrolle beider Länder im Prozess des Umbaus der Union breiter geworden ist. Die Rede von Außenminister Fischer hat hierzu in mehrfacher Weise beigetragen: Er hat sich bewusst das von Jacques Delors propagierte Konzept einer Föderation von Nationalstaaten und einer Avantgardegruppe zu eigen gemacht. Fischer baute der französischen Seite an

Konzeptionelle Annäherungen

verschiedenen Stellen seiner Rede Brücken, indem er eine stärker föderalistische (z. B. Direktwahl eines Kommissionspräsidenten mit weitgehenden exekutiven Befugnissen) und eine eher „gaullismus-kompatible“ Variante der Institutionenentwicklung anbot – z. B. die Fortentwicklung des ER zu einer europäischen Regierung oder eine zweite Kammer des EP als Vertretung der Nationen, letzteres ein altes französisches Anliegen. Wichtig erscheint dabei, dass diese Vorschläge eingebettet sind in grundsätzliche Betrachtungen zum Verhältnis zwischen Nationalstaat und EU, die das europäische Mehrebenensystem als ein Gebilde *sui generis* begreifen, als eine Kombination von „Bürger- und Staatenunion“ (Fischer), deren Doppelcharakter in der Institutionenordnung und in der Art und Weise der demokratischen Legitimation europäischer Mehrebenenpolitik ihren Niederschlag finden muss. Fischer verabschiedet sich damit vom ohnehin nur noch in Sonntagsreden gepflegten Rekurs auf Europavorstellungen Hallsteinscher Prägung, wenn er ausführt: „... die bisherige Vorstellung eines europäischen Bundesstaates, der als neuer Souverän die alten Nationalstaaten und ihre Demokratien ablöst, erweist sich als ein synthetisches Konstrukt jenseits der gewachsenen europäischen Realitäten. Die Vollendung der europäischen Integration lässt sich erfolgreich nur denken, wenn dies auf der Grundlage einer Souveränitätsteilung von Europa und Nationalstaat

geschieht.“ Fischers Leitbild einer „schlanke(n) und zugleich handlungsfähige(n) Europäischen Föderation, voll souverän und doch auf selbstbewussten Nationalstaaten als Glieder dieser Föderation beruhend“ trägt zur Überwindung der fruchtlosen Auseinandersetzungen zwischen europäischen Föderalisten und Verteidigern des Nationalstaates bei und kann auch deutsch-französische Diskussionen über die Gestaltung der „großen“ EU (und nicht nur diese) aus längst überholten Frontstellungen befreien.

Genau darin liegt das Spannende an der neu belebten deutsch-französischen Europadebatte, dass nämlich nicht mehr – wie so häufig in der Vergangenheit – nationale Monologe aneinander vorbei geführt werden. Begrifflichkeiten und Vorschläge aus dem jeweils anderen Land werden bewusst aufgegriffen – auch wenn die Begriffe nicht immer mit den gleichen Inhalten gefüllt werden. Reizworte wie „Föderation“ oder „europäische Verfassung“ stoßen in Frankreich nicht länger auf Denkblockaden, während umgekehrt die deutsche Seite nicht mehr den Eindruck erweckt, als wolle sie ein bundesstaatliches Föderalismusmodell schlicht auf die europäische Ebene übertragen, oder als würde zur verbesserten demokratischen Legitimation europäischer Politik allein eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments ausreichen. In Frankreich wiederum wird die Frage der demokratischen Legitimation europäischer Politik heute viel ernster genommen als in der Vergangenheit und nicht mehr in erster Linie mit dem Verweis auf die nationalstaatliche Legitimation der im Europäischen Rat und im Ministerrat handelnden Regierungen beantwortet. Teilweise scheinen sich sogar die Fronten verkehrt zu haben, die Trennlinien in den Debatten unübersichtlicher geworden zu sein, so etwa wenn Juppé und Toubon als Weg zur europäischen Verfassungsgebung eine aus Repräsentanten der nationalen Parlamente zusammengesetzte „europäische Konstituante“ vorschlagen, über deren Verfassungsvorschlag per Referenden in den Mitgliedsstaaten der Union zu entscheiden wäre.²⁵ In Paris wie in Berlin wird die Anerkennung des Doppelcharakters der EU als – in den Worten Fischers – „Bürger- und Staatenunion“ zunehmend zur Grundlage des Nachdenkens über die sich daraus ergebenden institutionellen und legitimatorischen Anforderungen gemacht. Das zwischen nationalen und europäischen Elementen bestehende Spannungsverhältnis wird in den zentralen Debattenbeiträgen

25 Vgl. die Darstellung ihres Verfassungsentwurfes („Esquisse d'une constitution européenne“) durch den Staatsrat Dominique Latournerie im Rahmen eines im Senat am 28. Juni 2000 veranstalteten Kolloquiums „Quelle constitution pour quelle Europe?“, hier: S. 3 des Redemanuskripts.

26 Eine knappe Zusammenfassung findet sich in Le Monde v. 6.7.2000, S. 3.

der letzten Wochen und Monate nicht länger einfach in jeweils eine Richtung auflöst, sondern produktiv zu verknüpfen gesucht. Dabei bleiben Unterschiede in den Schwerpunktsetzungen zwischen intergouvernementalen und supranational-föderalistischen Ansätzen durchaus bestehen, europapolitische Traditionen beider Länder weiterhin klar erkennbar; allerdings handelt sich nicht länger um sich wechselseitig völlig ausschließende Alternativmodelle.

Was der Produktivität dieser deutsch-französischen Europadebatten ganz erheblich zugute kommt, ist die Tatsache, dass sie inzwischen von unterschiedlichen Akteuren auf verschiedenen Ebenen zugleich vorangetrieben werden: Neben den in Regierungsverantwortung stehenden Politikern haben sich auch die Planungsstäbe der Außenminister über längere Zeit intensiv mit den längerfristigen Entwicklungsperspektiven der EU befasst und einen gewichtigen Bericht vorgelegt.²⁶ Auch der europapolitische Austausch zwischen den politischen Parteien beider Länder scheint intensiver zu werden. So wollen die Neogaullisten Juppé und Toubon ihren Verfassungsentwurf im Herbst mit Vertretern der CDU/CSU eingehend beraten, und auch der Dialog zwischen SPD und PS, der sich nach dem Rücktritt Lafontaines und der Veröffentlichung des Schröder-Blair-Papiers schwierig gestaltete, soll im Herbst unter anderem zu Fragen der Europapolitik wieder aufgenommen werden. Und der europapolitische Dialog zwischen den deutschen und französischen Grünen wird durch die Mittlerrolle des über die Liste der französischen Grünen ins Europaparlament gewählten Deutschen Daniel Cohn-Bendit gefördert, der sich in beiden Ländern aktiv in die europäische Verfassungsdebatte einbringt. Schließlich stößt diese erneuerte deutsch-französische Europadebatte in einer breiteren politisch-publizistischen Öffentlichkeit beider Länder vor dem Hintergrund der französischen Ratspräsidentschaft und der laufenden Regierungskonferenz zur Institutionenreform auf ein großes Interesse.

Gewiss können die deutsch-französischen (und europäischen) Debatten nicht bei der Frage der zukünftigen Gestalt der Institutionenordnung stehen bleiben, sondern müssen mit der Frage verknüpft werden, die Jacques Delors unablässig stellt: Was wollen die Europäer in Zukunft gemeinsam erreichen? Inter- oder supranationale Institutionenordnungen werden von Staaten

immer im Hinblick auf konkret zu gestalten- de Politikfelder und -ziele und nicht abstrakt am Reißbrett entworfen. Eine vertiefte Debatte über die Felder und Ziele zukünftiger Integrationsanstrengungen ist daher ebenso notwendig wie die Institutionen- und Verfassungsdebatte – beide sind untrennbar miteinander verbunden.

Insgesamt sind die Bedingungen für eine konstruktive Fortführung des transnationalen Meinungsaustauschs und der gemeinsamen konzeptionellen europapolitischen Arbeit über den Zeitpunkt des Abschlusses der laufenden Regierungskonferenz hinaus heute günstiger als seit langem. Beide Seiten können es sich auch kaum leisten, diese Gelegenheit ebenso ungenutzt zu lassen wie diejenige, die sich mit der Vorstellung des „Kerneuropa“-Konzepts im Schäuble-Lamers-Papier von 1994 geboten hatte. Eine dritte Chance dieser Art dürfte sich so schnell nicht mehr ergeben.

Aktuelle Publikationen des DFI

Parteien in Frankreich. / Sabine Ruß; Joachim Schild; Jochen Schmidt; Ina Stephan (Hrsg.). – Opladen: Leske und Budrich, 2000. – 330 S.

Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. / Marieluise Christadler ; Henrik Uterwedde (Hrsg.). – Opladen: Leske und Budrich ; Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1999. – 672 S. – (Schriftenreihe; Bd. 360)

Frankreich-Jahrbuch 1999. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. / Hrsg.: Deutsch-Französisches Institut in Verbindung mit Lothar Albertin . Red.: Joachim Schild. – Opladen: Leske und Budrich, 1998. – 280 S.

Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg./ Hrsg.: Hans Manfred Bock. – Opladen: Leske und Budrich, 1998. – 492 S.

Frankreich-Jahrbuch 1998. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, Kultur. / Hrsg.: Deutsch-Französisches Institut in Verbindung mit Lothar Albertin u.a. Red.: Joachim Schild. – Opladen: Leske und Budrich, 1998. – 290 S.

Wertewandel in Deutschland und Frankreich. Nationale Unterschiede und europäische Gemeinsamkeiten/ Hrsg. von Renate Köcher und Joachim Schild. – Opladen: Leske und Budrich, 1998. – 388 S.

Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert. / Hrsg. von Robert Picht u.a. – München: Piper, 1997. – 394 S.

René Lasserre / Joachim Schild / Henrik Uterwedde: Frankreich – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. – Opladen: Leske und Budrich, 1997. – 256 S. (Grundwissen Politik. Bd 19).

Die Aktuellen Frankreich-Analysen des DFI

Die Aktuellen Frankreich-Analysen erscheinen mehrmals im Jahr.

Redaktion: Joachim Schild

Herausgeber:

Deutsch-Französisches Institut

Asperger Straße 34, D-71634 Ludwigsburg

Telefon +49 (0 71 41) 93 03-0

Telefax +49 (0 71 41) 93 03-50

E-mail: dfi-lb@dfi.de

Nähere Informationen über die Aktivitäten und Publikationen des Deutsch-Französischen Instituts erhalten Sie unter obiger Adresse oder auf unseren Internet-Seiten unter folgender Adresse:

<http://www.dfi.de>

Zuletzt erschienene Aktuelle Frankreich-Analysen:

W. Neumann: Die Zukunft unserer Renten, Februar 2000. – 12 S.

J. Schild: Frankreich nach den Europawahlen – Parteienlandschaft in Bewegung, Juli 1999. – 12 S.

W. Neumann: Neue Wege aus der Beschäftigungskrise?, Dezember 1998. – 12 S.

J. Schild/H. Uterwedde: Chance zum Neubeginn: Deutsch-französische Beziehungen nach dem Regierungswechsel in Bonn, November 1998. – 12 S.

R. Picht: Deutsch-französischer Hochschulaustausch: Stand und Perspektiven, Oktober 1998. – 12 S.

K. Forster: Perspektiven deutsch-französischer und europäischer Rüstungskooperation, Juni 1998. – 12 S.